

VORWORT: EIN KOMMENTAR ÜBER POLITISCHE UND JOURNALISTISCHE INSTINKTLOSIGKEIT

Die Moral kommt nach dem #hashtag

Andreas Grün,
Landesvorsitzender

In den letzten Wochen ergossen sich einige haltlose wie konstruierte Vorwürfslagen über die gesamte Polizei in Deutschland. Um es gleich vorweg klarzustellen: Wir verstehen uns als demokratische rechtsstaatliche Bürgerpolizei. Wir haben keine Vorbehalte, von den Parlamenten, den Gerichten und auch den Medien kontrolliert zu werden. Dies ist wesentlicher Bestandteil unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates und gehört zum elementaren Selbstverständnis einer modernen Polizei im demokratischen Gefüge. Wir sind auch offen für Kritik. Diese muss aber nachvollziehbar und substantiell belastbar sein. Gegen undifferenzierte und pauschalisierte Vorwürfe welche die gesamte Organisation unter Generalverdacht stellen, verwehren wir uns aber.

Wir machen auch nicht immer alles richtig. Die Polizei muss innerhalb von Sekunden polizeiliche Anordnungen erlassen, die dann später in tagelangen Gerichtsverhandlungen rechtlichen Überprüfungen standhalten müssen. Auch polizeiliches Fehlverhalten Einzelner haben wir hin und wieder zu beklagen. Dies reicht von leichten dienstlichen Verfehlungen bis hin zu rechtsextremistischen Vorwürfen.

Die große Masse der rund 300.000 Beschäftigten in der Polizei arbeitet bürgernah, rechtskonform und zivilgesellschaftlich sehr anerkannt. 86 % der Deutschen sprechen nach einer aktuellen ZDF-Politbarometerumfrage, ihrer Polizei das Vertrauen aus. Gleichzeitig machen sich 83 % Sorgen um die Entwicklung der Gewalt gegen die Polizei. Angesichts dieser Zahlen wären positive und unterstützende Verlautbarungen und Kolumnen von Politikern und Journalisten erstrebenswert.

Täglich erlässt die Polizei in Deutschland Tausende von Anordnungen und wendet dabei Polizeirecht verantwortungsvoll und für die Menschen nachvollziehbar an. Täglich werden dabei aber auch rund 200 Polizistinnen und Polizisten Opfer von Gewalt. Allein in Hessen waren es im vergangenen Jahr 4.080 Angriffe auf Polizeibeamte. Tendenz: steigend! Die unsäglichen Ereignisse von Stuttgart, aber auch der Gewaltexzess von Dietzenbach machen deutlich, dass die Qualität der Angriffe eine neue Dimension erreicht hat.

Es ist die Zeit, in der die Polizei politischen und gesellschaftlichen Rückhalt braucht. Es ist die Zeit, in der sich die Politik verantwortungsvoll und klar erkennbar vor die große Masse der Polizistinnen und Polizisten stellen und für mehr Demokratieverständnis werben muss.

Umso unverständlicher ist es deshalb, wenn die SPD-Vorsitzende Saskia Esken polizeiliches Handeln bei Demonstrationen infrage stellt und wenig später mit ihrer Aussage, in der Polizei in Deutschland gäbe es „einen latenten Rassismus“, eine unnötige, falsche und auch populistische Debatte angestoßen hat. Den Tod von George Floyd, der durch einen US-Polizisten auf brutale und sadistische Art und Weise herbeigeführt wurde, mit der Arbeit der Polizei in Deutschland in einen Kontext zu setzen, ist nur schwer erträglich.

Zu allem Überfluss veröffentlichte die taz noch eine Kolumne der Journalistin Hengameh Yaghoobifarah, „All cops are berufsunfähig“. Dabei offenbart die Journalistin ihre undifferenzierte und menschenverachtende Haltung gegenüber der Polizei. In ihrem unerträglichen Text spricht sie Polizisten das Menschsein ab und setzt sie Tieren gleich. Am Ende bleibt nur noch die Müllhalde, wo Polizisten von ihresgleichen Müll umgeben sind und sich am Wohlsten fühlen.

Diese Formulierungen gehen weit über das Maß von scharfer Satire hinaus. Es ist geistige Brandstifterei, die geeignet ist, die Polizei als Institution herabzuwürdigen und alle, die dort Arbeiten, in einem verachtens- und hassenswerten Kontext darzustellen.

Solche öffentlichen Darstellungen bereiten den Nährboden für immer mehr Gewalt und Hass gegen die Polizei. Die Schwelle, Gewalt anzuwenden, sinkt, der Schutzmann wird nicht mehr als Mensch wahrgenommen und ein ganzer Berufsstand quasi zum Freiwild erklärt.

Nachdem der Aufschrei nicht nur in der Polizei, sondern auch in weiten Teilen der Bevölkerung und der Politik groß war, wurde wie schon oft zuvor eingelenkt, entschuldigt, beschwichtigt oder klargestellt, dass man offensichtlich missverstanden wurde. Das hätten sich die SPD-Parteivorsitzende und die taz-Journalistin in wissender und verantwortungsvoller Kenntnis ihrer medialen Reichweite besser eher überlegen sollen. Denn die Inhalte ihrer Darstellungen sind indes schon weit ins Land gezogen und haben ihre negative Wirkung entfalten können. ■



Foto: GdP Hessen



99 taz vom 15. Juni.20

Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmenschen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.

KOMMENTAR

„All cops are berufsunfähig“ – Satire oder Hatespeech gegen eine komplette Berufsgruppe?

Markus Hüschent

Der Artikel, der eine ganze Berufsgruppe diffamiert

Mitte Juni 2020 veröffentlichte die Zeitung „taz“ eine Kolumne von Hengameh Yaghoobifarah, „Autor_in, Redakteur_in und Referent_in zu Queerness, Feminismus, Antirassismus, Popkultur und Medienästhetik“ (Beschreibung der taz). Darin widmet sich Yaghoobifarah dem Gedankenspiel, was wäre, wenn die Polizei abgeschafft wäre, der Kapitalismus aber nicht. Wo könnten Polizistinnen und Polizis-

ten arbeiten? Unter dem Strich meint sie, dass kaum ein Berufsbereich geeignet wäre, denn „der Anteil an autoritären Persönlichkeiten und solchen mit Fascho-Mindset in dieser Berufsgruppe“ sei „überdurchschnittlich hoch“. So würde sich eine Tätigkeit bei der Post ausschließen wegen der Gefahr von Briefbomben, Pediküre ginge auch nicht, eine Nagelfeile sei ja auch als Waffe zu gebrauchen. Das Bemalen von Keramik sei auch keine Option: „Nein. Zu naheliegend, dass sie unter der Hand Hakenkreuz-Teeservice herstellen und sich mit den Einnahmen das nächste Terrornetzwerk querfinanzieren.“ Yaghoobifarahs Fazit lautet: „Spontan fällt mir nur eine geeignete Option ein: die Mülldeponie. Nicht als Müllmen-

schen mit Schlüsseln zu Häusern, sondern auf der Halde, wo sie wirklich nur von Abfall umgeben sind. Unter ihresgleichen fühlen sie sich bestimmt auch selber am wohlsten.“

Ein Blumenstrauß der Pauschalisierungen

Okay, da wurde eine komplette Berufsgruppe von über 300.000 Menschen als rassistisch und gewalttätig mit Hang zum Töten abgestempelt – und dann noch schnell das Ganze als Satire bezeichnet. Aha, Satire also. Man stelle sich vor, eine beliebige Bevölkerungsgruppe X würde in einem Zeitungsartikel, wenn nicht als rassistisch, sondern beispielsweise als dumm, kriminell oder gewalttätig bezeichnet. Der Aufschrei wäre berechtigterweise groß. Niemand sollte aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Gruppe, sei es eine Bevölkerungsgruppe oder Berufsgruppe, pauschal verdächtigt werden. Beispiele: Unlängst fiel ein Lehrer (Quereinsteiger) in Sachsen auf, der u. a. „Meine Ehre heißt Treue“ auf seinen Bauch tätowiert hatte. Mit Sicherheit sind deswegen aber nicht alle Lehrer rechtsextrem. In einem anderen Fall brachte ein Krankenpfleger mehrere Patienten heimlich um. Machen das alle Krankenpfleger? Nein. Ab und an gibt es Fälle von Brandstiftungen, bei denen ein Feuerwehrmann als Täter ermittelt wird. Kann man davon ableiten, dass dies in jedem Feuerwehrangehörigen steckt? Auf keinen Fall.

Sollten im Polizeibereich rechtsextreme Taten bekannt werden, wurden und werden diese konsequent verfolgt und final entscheidet ein Gericht darüber. So ist das in einem Rechtsstaat, und das gilt für alle Bürger, auch die in Uniform. Interessant also, dass Yaghoobifarah, sonst immer gegen Schubladendenken und Verallgemeinerungen aktiv (zumindest gegen diejenigen, zu deren Gruppe eine Sympathie besteht), hier genau so verfährt wie sie es anderen immer vorwirft. Schon allein die Black-Lives-Matter-Proteste in den USA und die dortige Situation mit der Deutschland und vielen anderen Ländern gleichzusetzen zeugt nicht von großem Wissen oder wenigstens einer bemühten Recherche.

Egal wie diese bewusst mehrdeutig formulierten Zeilen gemeint oder formuliert sind, Menschen mit Müll zu vergleichen und auf den Müll entsorgen zu wollen ist nie eine Botschaft, die mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

Pressefreiheit gefährdet?

Durch die Anzeigen der Kollegen der GdP Berlin und anderer sah man nun seitens der taz die Pressefreiheit gefährdet. Nach meiner Überzeugung gehört es zur Arbeit der Presse, Thesen, die man verbreitet, durch journalistische Recherche zu begründen. Hier hingegen wurde die persönliche Abneigung gegen einen bestimmten Personenkreis unglaublich verallgemeinernd als Satire getarnt. Wie wenig Satire dies ist, kann man auf Youtube sehen, wo Yaghoobifarah vielfach Stellung zu unterschiedlichen Themengebieten bezieht.

Was ist Polizei?

Die Polizei ist die einzige Berufsgruppe, die jeden Tag ihre Frau und ihren Mann gegen Kriminelle steht. Die Vergewaltiger, Betrüger, Mörder und Diebe dingfest macht. In einem einzigen Dienst kann man mehr menschliches Elend sehen als die meisten anderen Menschen in ihren Leben. Mehr Gewalt erfahren als andere. Mehr Menschen helfen als andere dies jemals in ihrem Beruf oder privat jemals können. Das ist Polizei.

Alles besser ohne staatliche Kontrolle?

Übrigens kann man ja sehr gut sehen, was passiert, wenn der Staat nicht mehr für Kontrolle sorgen kann. Es kommt eben nicht dazu, dass Frau und Mann friedlich zusammensitzen und Tee trinken, während darüber diskutiert wird, wie die Gleichberechtigung noch zu verbessern ist und ob und wie ein Wort gegendert werden muss. Aktuelles Beispiel: im sogenannten „Islamischen Staat“ (Daesh) oder auch in Teilen von Afrika (z. B. in Gebieten unter der Kontrolle von

Boko Haram) waren ohne staatliche Kontrolle Zwangsverheiratungen, Sklavenhandel und Vergewaltigungen keine Seltenheit, ebenso Enthauptungen von Andersdenkenden. Homosexuelle wurden von Häuserdächern geworfen, angebliche Ehebrecherinnen gesteinigt. Ob mit Religion oder ohne, im Chaos leiden immer zuerst die Schwächeren. Das Wegfallen des Gewaltmonopols des Staates erzeugt ein Vakuum, welches stets ziemlich schnell von anderen Gruppen gefüllt wird, die selten die Menschenrechte auf ihrer Agenda haben.

Yaghoobifarahs Gedankenspiel umgesetzt

Okay, aber lassen wir uns einmal auf das Gedankenspiel „Abschaffung der Polizei“ ein. Wo könnten Polizistinnen und Polizisten arbeiten, wenn der Beruf abgeschafft würde?

Ein erheblicher Teil der Polizei käme sicher ausgezeichnet in der Sozialarbeit unter, ist dies doch ein Teil des Berufsbildes Polizei, der jeden Tag um Umgang mit dem Bürger trainiert wird. Das Helfen und Unterstützen liegt uns also im Blut.

Politik ist ebenfalls ein passendes Berufsfeld. Durch die Kenntnisse um die Lebensweise in allen Gesellschaftsschichten wissen Polizistinnen und Polizisten sehr genau, was in der Gesellschaft vor sich geht. Viele Kollegen betätigen sich politisch und bewerben sich immer wieder erfolgreich auf politische Ämter wie z. B. als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Rettungsdienst und Feuerwehr sind artverwandte Berufe, die es ebenso wie der Polizeiberuf erfordern, im Chaos ruhig zu bleiben, und das eigene Leben für andere zu riskieren.

Die Liste ließe sich noch beliebig fortführen, denn eines ist klar: Wer solchen einen abwechslungsreichen, fordernden Beruf hat wie den Polizeiberuf, der kann sich auf alles einstellen. Eine täglich wiederkehrende



Photo: Markus Hüschent

Routine gibt es im Polizeiberuf nicht, jeder Tag stellt uns vor neue Herausforderungen – im Dienste des Bürgers.

Entschuldigung?

Man darf gespannt sein, ob es seitens Yaghoobifarah, die u. a. die Medienlandschaft mit Kolumnen wie „Ich bin fett und arrogant“ oder „Nicht komplett im Arsch“ (über Wasser und Hand als Alternative zu Klopapier) bereichert hat, eine Entschuldigung geben wird. Die Chefredakteurin der taz, Barbara Junge, hat sich vor Redaktionsschluss der DP bereits entschuldigt: „Satire darf fast alles – sogar in ihrer Wortwahl daneben greifen. Aber Menschen, egal welcher Berufsgruppe, als Müll zu bezeichnen, widerspricht fundamental dem Selbstverständnis der taz, die sich einer menschlicheren Gesellschaft verschrieben hat.“

Besser kann man es nicht zusammenfassen. Es wäre jedoch schön zu erfahren, ob dies auch Hengameh Yaghoobifarah zum Nachdenken animiert hat. Bei Redaktionsschluss wurde bekannt, dass Yaghoobifarah Polizeischutz beantragt hat, wegen Hass und Drohungen gegen sie. Schrieb sie noch in der fraglichen Kolumne „Ich würde mir nicht mal eine Pediküre von ihnen geben lassen. Eine Nagelfeile ist eine Waffe“, bat sie nun um Unterstützung, die natürlich jedem, der bedroht wird, auch zusteht. Es wäre schön, wenn sie, sollte sie nun regelmäßig Kontakt zu Kolleginnen und Kollegen haben, einfach erkennt, dass diese eben auch Menschen mit Gefühlen und einem Recht auf Würde sind. ■

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.
Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de.
Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de
www.vdp-polizei.de

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschent (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden

ISSN 0170-6446



Foto: (6)-HPT



Die RSA-Token wurden zeitnah ausgeliefert

CORONA

Trotz Lockdown: Einsatzfähigkeit der hessischen Polizei durchweg gewährleistet – auch durch den Einsatz von Technik

Thorsten Abel,
Pressestelle HPT

In einer Zwischenbilanz zur weltweiten Pandemielage können wir festhalten, dass unter schwierigen Rahmenbedingungen die Einsatzfähigkeit der hessischen Polizei durchweg aufrechterhalten werden konnte und sich in einer hochdynamischen Lage einige Neuerungen im täglichen Arbeiten ergaben.

Trotz Homeoffice, einem stark reglementierten Vergaberecht und unter nicht einfachen Kommunikationsbedingungen konnte viel erreicht werden:

Verbesserung des mobilen Arbeitens



Zusätzlichen Infektionsschutz bietet die Trennschutzscheibe.

Nach dem Lockdown stand im Vordergrund die Frage der kurzfristigen Erhöhung mobiler Arbeitsplätze zum Arbeiten im Homeoffice.

Durch den bereits begonnenen Rollout der neuen Standardarbeitsplätze konnten, unter Mithilfe der Dienstleister, mobile Arbeitsplätze im Vorfeld ausgerollt und die Rückführung der Altgeräte auf einen späteren Zeitpunkt im Jahr verschoben werden. Um diese zusätzlichen mStAP mobil in Telearbeit und Homeoffice nutzen zu können, wurden zusätzliche Einwahltoken und Verschlüsselungs-USB-Sticks (Dongles) beschafft. Dadurch ist die Anzahl der vollmobil zu nutzenden mStAP von 2.400

auf 6.000 erhöht worden. Es wurden viele Bedarfe innerhalb kürzester Zeit gedeckt. Aktuell sind folgende Maßnahmen für die Weiterentwicklung mobilen Arbeitens durch das HSG 36 (Führungs- und Lagesysteme/Infrastruktur) des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik (HPT) in Planung/bereits umgesetzt:

- Beschaffung weiterer BitBox-Lizenzen. Das HPT überprüft regelmäßig, ob ausreichend Lizenzen für die StAPs vorhanden sind und beschafft im Bedarfsfall weitere, damit kein Delta entsteht.
- Optimierung der Einwahlstruktur für erhöhte Nutzung beim mobilen Arbeiten. Aktuell ist die Infrastruktur auf ca. 2.000 mStAPs bei gleichzeitiger Nutzung ausgelegt. Um einen geordneten Betrieb bei erhöhter Nutzung gewährleisten zu können, wird diese nun auf bis zu 6.000 gleichzeitigen Nutzern angepasst.
- Aktuell wird geprüft, ob zusätzlich 1.000 mobile Standardarbeitsplätze beschafft werden können.
- Vorababruf von 736 Microsoft-Surfaces aus dem Client-Rollout 2020.
- Strukturelle Anpassungen im Intra- und Internet. Neben einem neuen Layout wird es u. a. eine serviceorientierte und personalisierte Menüführung geben.

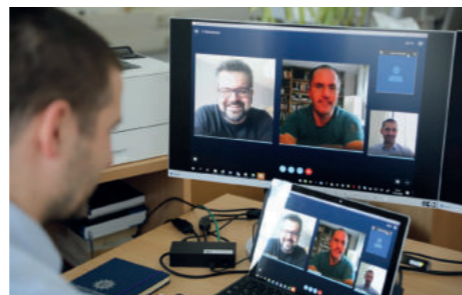
Ausweiten der Kommunikationsmöglichkeiten

Telefon- und Videokonferenzen sind seit der Corona-Krise nicht mehr wegzudenken. Mehrmals täglich werden übliche Besprechungen auf diese Weise durchgeführt. Ein Ausbau der Infrastruktur insbesondere für professionell geführte Videokonferenzen ist dringend erforderlich.

Zu Beginn der Pandemie musste alles ganz schnell gehen. Gefordert wurden z. B.

Möglichkeiten von Videokonferenzen über den mStAP.

Skype for Business/ HessenConnect



HessenConnect (Skype4Business) wurde zu Beginn der Corona-Krise von Mitarbeitern des HPT und der RBSe der Polizeibehörden getestet, um schnell in den Wirkbetrieb gehen zu können.

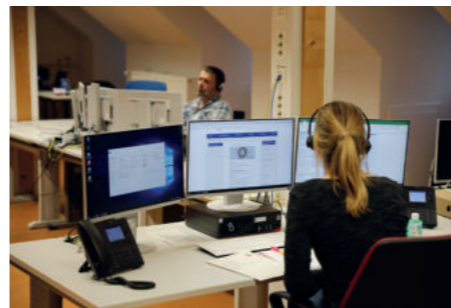
Der Dringlichkeit geschuldet und ohne ausreichende Testphase wurde somit Skype for Business bei der hessischen Polizei quasi „über Nacht“ eingeführt und unsere Telefonschaltkonferenzmöglichkeiten ausgeweitet. Unter „normalen“ Umständen durchlaufen Implementierungsprozesse von Anwendungen viele Stufen und Tests – oftmals über Wochen. Skype for Business oder HessenConnect, wie es unter dem Whitelabel von der Hessischen Zentrale für Datenverarbeitung (HZD) vermarktet wird, wurde innerhalb weniger Tage mit intensiven Tests auch mit den RBS der Polizeibehörden in geringer Auflage (ca. 200 Accounts) bereitgestellt. Eine Ausstattung für alle Beschäftigten ist aus Kostengründen nicht vorgesehen. Hessenweit kamen in einem ersten Schritt insgesamt ca. 700 Lizenzen zur Verteilung. In der Summe sind zukünftig 1.200 Lizenzen geplant. Diese sind in erster Linie für Teamarbeit, Gruppenarbeit und den Datenaustausch vorgesehen. HessenConnect kann im Unterschied zu einer fest verbauten VSK-Anlage über den StAP und mobile Endgeräte genutzt werden. Hierdurch können Be-



Insgesamt wurden 150.000 textile Schutzmasken durch das HPT beschafft.

sprechungen mit mehreren Teilnehmern online stattfinden. Dienstreisen können somit reduziert und die Umwelt geschont werden. Zur vereinfachten Durchführung können Headsets und Webcams dezentral beschafft werden.

Videokonferenzenanlagen



Im Callcenter des HPT wurde das Bürgertelefon der Staatskanzlei unterstützt. Zu Hochzeiten gingen hier 1.000 Anrufe am Tag ein.

Aktuell werden bei der hessischen Polizei 14 Videokonferenzenanlagen genutzt. Diese werden zunächst auf maximal 20 technisch mögliche Anlagen erhöht. Bei den VSK-Anlagen sind in dafür vorgesehenen Räumen mehrere Teilnehmer anwesend. Meetings und Besprechungen vor Ort mit einer hohen Teilnehmerzahl können hier ersetzt werden. Durch die Erhöhung der VSK-Anlagen können ebenfalls Dienstreisen reduziert, die Umwelt geschont und Entscheidungsprozesse beschleunigt werden. Zudem liegt ein intelligentes Kamerasystem zugrunde, welches aktiv auf den Vortragenden schwenkt und eine hohe Bildqualität liefert.

Amtskanäle

Zusätzlich ist geplant, die Kapazität für Telefonschaltkonferenzen zu erhöhen. Hierzu werden zusätzliche Amtskanäle zur Verfügung gestellt, um Störungen bei intensiver und gleichzeitiger Nutzung zu vermeiden.

Bürgertelefon

Ein Baustein der Lagebewältigung war das von der Landesregierung eingerichtete Bürgertelefon, die sogenannte Corona-Hotline. Am 18. März fiel der Startschuss für die „Er-

richtung und den Betrieb des Bürgertelefons der Staatskanzlei im Callcenter des Hessischen Polizeipräsidiums für Technik – HPT“. Die Leitungen wurden kurzfristig vom HPT und der HZD aus der Staatskanzlei in das HPT geroutet. Bis zum 04. Juni. 2020 wurden an sieben Tagen in der Woche von 8 bis 20 Uhr insgesamt über 5.000 Anrufe bearbeitet, davon etwa 500 für den Bereich Polizei. Hierfür wurden an 78 Tagen insgesamt 70 Agents eingesetzt. Ab dem 4. Mai unterstützten insgesamt 22 Beschäftigte des HPT im Schichtdienst die Staatskanzlei.

Alternative Strukturen

In der aktuellen Situation könnte es dazu kommen, dass eine Leitstelle den Betrieb coronabedingt einstellen muss. Zu diesem Zweck wurde durch das HPT eine Leitstelle für Notbetrieb vorbereitet. Die technischen Anpassungen wurden in kürzester Zeit umgesetzt. Aktuell kam diese noch nicht zum Einsatz.

Schutz der Mitarbeiter



Textile Schutzmaske für alle Beschäftigten der Polizei Hessen

Die hessische Polizei hat für Pandemielagen vorgesorgt. In einem durch Mitarbeiter des PP Osthessen geführten Zentrallagers in Fulda werden unter Leitung des HPT seit Oktober 2009 umfangreiche Mengen Pande-

mieware wie z. B. Schutzbrillen, OP-Masken, FFP3-Masken, Einwegschutzhandschuhe, Einwegschutzhandschuhe, Desinfektionsmittel, Rettungsdecken, Lifekeys oder Atemschutzmasken gelagert und an die Polizeibehörden verteilt. Mit Beginn der Krise wurden 70 % der Lagerkapazitäten für den Schutz der Beschäftigten in die Polizeibehörden ausgerollt. Neue Ware wird ständig zusätzlich beschafft, sodass keine Engpässe entstehen.

Trotz schwieriger Marktbedingungen ist es dem HPT kurzfristig gelungen, dass ab Mitte Mai den hessischen Polizeibeschäftigten Zug um Zug zunächst 150.000 textile Schutzmasken – für jeden Beschäftigten fünf Masken – zur Verfügung gestellt werden konnten. Ebenfalls wird der Einzeldienst mit einem zweiten Einsatzanzug ausgestattet, der zugleich PSA-Funktion übernehmen soll. Diese werden noch in diesem Jahr beschafft.

Mit hohem Aufwand wurde aus Infektionsschutzgründen der Rollout von rund 15.500 StAPs um drei Monate auf den 1. Juli 2020 verschoben. Die örtlichen RBSe und die Lieferanten werden die Zeit nutzen, diesen pandemiegerecht auszugestalten.

Außerdem werden ab sofort 1.200 Funkstreifenwagen mit einer Trennscheibe ausgestattet, die einen zusätzlichen Infektionsschutz gewährleisten. Das HSG 22 (Fahrzeugwesen) des HPT hat sich dazu frühzeitig auf den Weg gemacht. Im Ergebnis konnte zügig eine Lösung vorgezeigt und mit einer bereitgestellten Bedienungsanleitung die Installation von den Flächenpräsidien selbst vorgenommen werden. Natürlich sind beim Personentransport die gewohnten Vorschriften zu beachten. Diese können und werden auch nicht mit dieser Schutzvorrichtung unwirksam. Es gilt aber der Grundsatz: Unkomplizierte Lösungen helfen in der Krise besser als gar keine! Andere Länder haben sich Hessen hier zum Vorbild genommen.

Fazit:

Technik hilft bei der Lösung der durch die Pandemie verursachten Probleme. Einiges wurde sehr kurzfristig und kreativ eingeführt, sodass noch Nachjustierungen erforderlich sind. Die aktuellen digitalen und technischen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Coronakrise helfen der hessischen Polizei, in Zukunft noch besser aufgestellt zu sein. ■



Foto: Harald Schneider

NEUE FUNKTION

Harald Schneider ist Integritätsbeauftragter der Polizei

Die neue Tätigkeit des Integritätsbeauftragten dient grundsätzlich dem Ziel der Bewahrung der Werte und Ideale der hessischen Polizei. Durch Beratung und Begleitung soll ein einheitliches Werte- und Demokratieverständnis in der hessischen Polizei verfestigt und eine „Vertrauenskultur“ nach innen und außen verankert werden.

Jens Mohrherr

Harald Schneider beschreibt die Schwerpunkte seiner Arbeit folgendermaßen:

- in Bezug auf die Vermittlung und Verfestigung von einheitlichen Werten, Normen und Idealen Aus- und Fortbildungsinhalte sowie die aktuellen Maßnahmen im Zusammenhang mit den rechtsextremistischen Verdachtsfällen zu analysieren,
- das „Leben“ dieser Werte, Normen und Ideale im polizeilichen Alltag und den Abgleich „Theorie und Praxis“ einzubeziehen,
- Erwartungshaltungen an Verhalten, Auftreten und Rolle im Außen- und Innenverhältnis zu verdeutlichen,
- den internen Umgang, beginnend mit der Wertschätzung von Person und Arbeit über Umgangsformen und -Sprache bis hin zum Führungsverhalten zu betrachten,

- insbesondere eine offene und positive Fehlerkultur zu verankern,
- Belastungssituationen im polizeilichen Alltag als Quelle möglicher Fehlentwicklungen zu identifizieren und
- eine möglichst hohe Arbeitszufriedenheit anzustreben.

Um eine bestmögliche Beratung und Unterstützung leisten zu können, ist ein Austausch mit allen Bereichen der hessischen Polizei unverzichtbar. Insbesondere die Ebene des Streifen-/Ermittlungs- und Einsatzbereichs liegen Harald Schneider dabei am Herzen. Dabei ist es wichtig, dass er dort die notwendige Offenheit und Unterstützung durch Anregungen und Ideen erfährt.

Grundsätzlich steht Harald Schneider allen in der hessischen Polizei in Angele-

genheiten die polizeiliche Integrität betreffend als Ansprechpartner zur Verfügung. Mit Zustimmung der Betroffenen begleitet er gerne die Reintegration von Beamtinnen und Beamten in den polizeilichen Alltag nach der Aufhebung einer Suspendierung oder des Verbots von Dienstgeschäften.

Die Gewerkschaft der Polizei sieht die Einrichtung des Integritätsbeauftragten als Chance, große Teile der immer schwieriger werdenden Arbeit der Polizei gerecht und verständlich zu beurteilen und darzustellen. Dazu gehört auch, eine offene und positive Fehlerkultur weiter zu etablieren, um die Polizei als rechtsstaatliche, demokratische und zivile Bürgerpolizei und als lernende Organisation weiter zu entwickeln.

Der Integritätsbeauftragte kann seine Aufgabe nur mit einem hohen Maß an wechselseitigem Vertrauen und gelebter Offenheit erfolgreich aufbauen. Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt die Arbeit des Integritätsbeauftragten konstruktiv und hofft, dass möglichst viele Kolleginnen und Kollegen positive Erfahrungen erleben werden. Der Erfolg der neuen Einrichtung wird aber maßgeblich von den persönlichen Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen abhängen. Anders gesagt, der Integritätsbeauftragte muss anerkannt in der Truppe integriert sein. ■

Pflege – ein Thema, das jeden trifft

Früher oder später muss sich jeder mit dem Thema Pflege beschäftigen. Nicht jeder hat Kinder, aber jeder hat Eltern und auch Ehe- oder Lebenspartner, Schwiegereltern oder andere Familienmitglieder können pflegebedürftig werden.

Markus Hüschenbett,

Bezirksgruppe Südosthessen

Die Organisation rund um das Thema Pflege ist sehr komplex. Was deckt die Pflegeversicherung ab? Welche Hilfsmittel zur Pflege kann ich beantragen? Gibt es Selbsthilfegruppen? Wie kann ich Pflege und Beruf unter einen Hut bringen? Was sind Pflegestufen? Was macht eine Tagespflege? Wie sind die Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Leistungen? Gibt es Zuschüsse? Wie läuft eine Pflegebegutachtung ab? All diese Fragen und mehr strömen auf Kolleginnen und Kollegen ein, die sich zum ersten Mal mit dem Thema beschäftigen. Das kann schnell zu Überforderung führen.



Foto: Markus Hüschenbett

Pflegestützpunkte

Wichtigster Anlaufpunkt in so einem Fall: Der zuständige Pflegestützpunkt. Pflegestützpunkte sind Beratungsstellen, die sich an Pflegebedürftige und deren pflegende Angehörige richten und dabei unterstützen, z. B. die richtigen Anträge auszufüllen und auf alle Hilfsangebote etc. verweisen können, die es in der Region gibt. Meist sind die Pflegestützpunkte bei den Landkreisen angesiedelt oder auch bei den Städten, ggf. unter anderem Namen wie Pflegeberatungszentrum. Hier kann auch derjenige meist noch etwas dazulernen, der schon längere Zeit pflegt. Gebühren fallen bei den Pflegestützpunkten nicht an.

Die Wichtig-Mappe

Bestens sortiert und kostenlos ist die „Wichtig-Mappe“ vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration. Diese Mappe (ehemals Notfall-Mappe genannt), die entweder auf www.soziales.hessen.de heruntergeladen oder in Papierform bestellt werden darf, kann mit allen wichtigen Daten einer pflegebedürftigen Person ausgefüllt und bei Bedarf schnell gefunden werden. Welche Krankheiten hat die Person? Welche Medikamente nimmt sie und was sollte medizinisch unbedingt beachtet werden? Informationen zu Konten, Rente, Versicherungen, Passwörtern für digitale Inhalte etc. sind hier so aufgeführt, dass nichts vergessen werden kann. Weiterhin findet sich auch eine Vorsorgevollmacht, Wünsche für den Todesfall und diverse Checklisten darin.

Charta für Vereinbarkeit von Pflege

Bei der Initiative „Beruf und Pflege vereinbaren“ handelt es sich um eine landesweite Maßnahme, die vom Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, der AOK und dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft initiiert wurde. Mitmachen können private Firmen, aber auch Behörden. In einer Art freiwilligen Selbstvereinbarung legen die Unterzeichner ihre Vorstellung bzgl. der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege schriftlich nieder – ein Selbstbekenntnis der Arbeitgeberseite also.

In zwei Tageskursen kann man Mitarbeiter als nebenamtliche Pflege-Guide ausbilden las-

Schwierige Zeiten gemeinsam meistern – in einer starken GdP!

Jetzt Mitglieder werben!

Gemeinsam machen wir gerade eine sehr schwierige Zeit durch. Die GdP Hessen sieht für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein immer größeres Problem, bezahlbaren Wohnraum im Ballungsraum zu finden. Daher fordert sie von den politisch Verantwortlichen seit langem **eine Zulage analog München und Berlin**, um dem Kaufkraftverlust bei Miete/Kauf von Wohnraum in diesen Hochpreisregionen Rechnung zu tragen und einen Ausgleich zu schaffen!

Die GdP ist die größte und einflussreichste Gewerkschaft im Polizeibereich – eine Gewerkschaft für alle, die in der Polizei ihrem Beruf nachgehen, – für Beamte und Tarifbeschäftigte, **nur gemeinsam werden wir Zukunft solidarisch und demokratisch gestalten können!**

Tolle Verlosungsaktionen für Werber/innen und Neumitglieder sowie attraktive Prämien!

Gewerkschaft der Polizei

Hessen

GdP Hessen · Wilhelmstr. 60 · 65183 Wiesbaden · www.gdp.de/hessen · www.facebook.com/gdphessen

-> Infos

Wir danken unseren Sponsoren:

SIGNAL IDUNA
gut zu wissen

Pflicht Service Gesellschaft

sen, die das Thema voranbringen. Die Charta steht auch für eine kooperative Zusammenarbeit der teilnehmenden Institutionen, die durch Netzwerkarbeit zu einer interaktiven und praktischen Unterstützung führt, z. B. zu gemeinsamen Seminaren oder Betreuungsangeboten.

Pflege-Guide – Vertrauensperson für die Beschäftigten

Betriebliche Pflege-Guides sind erste Ansprech- und Vertrauenspersonen in den Unternehmen, wenn Beschäftigte eine solche Ausnahmesituation in ihrer Familie bewältigen müssen. Pflege-Guides vertreten durch ihre Funktion das Thema in Behörden und Unternehmen, sorgen durch eine interne Öffentlichkeitsarbeit für die Bekanntheit des Angebots im Betrieb und geben den Anfragenden erste Orientierung über unterstützende Hilfen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege oder Betreuung von Angehörigen. Dazu informieren sie über innerbetriebliche Regelungen und Maßnahmen und über das externe Hilfenetz im Pflegefall. Zur weiterführenden Fallplanung und Beratung

verweisen sie zudem neutral an zuständige regionale Pflegestützpunkte. Regelmäßig finden Netzwerktreffen statt, bei denen sich die Pflege-Guides auf den aktuellen Stand bringen können.

Fazit:

Stand Anfang Mai 2020 sind derzeit die Präsidien Nordhessen, Südhessen, Südosthessen sowie die Bereitschaftspolizei der Charta beigetreten. Wünschenswert wäre, dass alle Polizeipräsidien sich dazu entschließen würden, diesem wichtigen Thema Gehör zu verschaffen. Beschäftigte, die in Pflegesituationen geraten, brauchen in der Regel schnell Informationen und Klärung, wie sie Pflege und Berufstätigkeit verbinden können. Und genau das sollte der Anspruch in jedem Präsidium sein.

Web-Links

www.wege-zur-pflege.de

www.pflege-in-hessen.de

www.berufundpflege.hessen.de



KREISGRUPPE HBPP

GdP-Jahreshauptversammlung am 10. März 2020 – die Welt war noch in Ordnung!

Jens Mohrherr

Foto: Jens Mohrherr



Jens Mohrherr mit dem Jubilar Gerhard Kastl

Kurz vor dem kalendarischen Frühlingsanfang fand im ehrwürdigen Brauhaus Castel die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe HBPP statt.

Traditionell waren dazu neben aktiven Mitgliedern auch Pensionäre und zu Ehrende herzlich eingeladen. Nach der erfolgten Totenehrung und insbesondere der persönlichen Rückblick des Vorsitzenden auf das Ableben der ehemaligen Mitglieder und Kollegen Stefan Röhs und Manfred Kleinfeld konnte in die vorliegende Tagesordnung eingestiegen werden. Neben der Feststellung durch den stellv. Kreisgruppenvorsitzenden Christian März, dass der Mitgliederbestand auf einem erfreulichen Niveau stabil bleibt, wurde auch ein Ausblick auf die in diesem Jahr geplanten Aktivitäten gegeben. Diese von den Mitgliedern sehr beliebten Events wurden bis zum Zeitpunkt des Erscheinens des Polizei Reports leider coronabedingt abgesagt. Da auch die Wiesbadener Weinwoche bereits abgesagt ist, bleibt nur die Hoffnung, heuer am 25. November den Wiesbadener Weihnachtsmarkt besuchen zu können. Der Kasse wurde durch die Kassenprüfer erneut eine einwandfreie Buchführung bescheinigt. Der sicherlich angenehmste und nachhaltigste Punkt einer jeden Jahreshauptversammlung sind die Ehrungen verdienter Mitglieder. Neben Gratulationen zu 25-jähriger und 40-jähriger Mitgliedschaft an Mark Brodsky und Hans Hänel konnten wir unserem leider an diesem Tag verhinderten Mitglied Heinz-

Dieter Knöbel zum 50-jährigen Jubiläum gratulieren. Herausragend, weil der Zeitraum dieser Mitgliedschaft länger als manch ein Menschenleben währte, ist das 70-jährige Gewerkschaftsjubiläum unseres geschätzten Mitgliedes und Autor für unsere GdP-Publikationen, Gerhard Kastl. Ein Präsentkorb nebst Urkunde symbolisierten den Dank und die Anerkennung an Gerhard Kastl. Was er in dieser sieben Jahrzehnte andauernden Mitgliedschaft alles im aktiven polizeilichen Leben, aber auch als Interessiertes Mitglied und Pensionär erlebt hat, war Bestandteil seines persönlichen Rückblicks an diesem Abend. Dabei ließ er auch nicht unerwähnt, dass ihm die eigene Gesundheit das mithin lange Pensionärsdasein ermöglicht hat. Manch eine Anekdote gab unser Jubilar auch zum Besten! Unser ehemaliger Präsident der HBP, Werner Larem, im Übrigen selbst ein Urgestein gewerkschaftlichen Lebens, konnte hier und da noch schöne Beiträge aus der Erinnerung hinzufügen. So tauschten wir uns ungezwungen und bei gutem Essen noch lange Zeit aus, bevor sich die Wege aller Anwesenden trennten. Jetzt, mit über zwölfwöchiger Corona-Pandemie Erfahrung hätte ich mir rückblickend gewünscht, noch mehr Mitglieder zu diesem Anlass begrüßen zu können. Auch aus dem Grund, dass wir wahrscheinlich so schnell nicht die Gelegenheit dazu bekommen werden, schließe ich mit einer persönlichen Bitte: Bleibt alle gesund! ■

Jubilare

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Peter Krautwurst
Nicole Lesch
Claudia Pfeil
Kirsten Führer
Ingrid Merklein
Renate Reinhardt
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Ralf Deiss
Albrecht Borger
Reiner Leichtlein
Rainer Müller
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Werner Amann
Berthold Schaefer
Hans-Peter Otto
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

60-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Harald Hauck
Wilhelm Schmid
Kreisgruppe Darmstadt-Dieburg

Wir trauern um unsere Mitglieder

Waldemar Euler

Selma Kögler

Kreisgruppe Gießen-Wetzlar

Hans Schildknecht

Kreisgruppe HBP Mudra

Karin Herrgen

Kreisgruppe Groß-Gerau

Dieter Hofmann

Kreisgruppe Frankfurt

Ralf Strassner

Kreisgruppe Bergstraße

Irmgard Smy

Hermann Götzl

Kreisgruppe Marburg-Biedenkopf

**Wir werden den Verstorbenen
ein ehrendes Andenken bewahren!**